Palästina jenseits der Teilung: Von der Berechtigung zur Staatlichkeit zu den legitimen Rechten

Awad Abdelfattah, palestinechronicle.com, 26.10.26

Mehrere Wochen, nachdem die britische Grüne Partei ihren historischen Antrag zur Unterstützung der palästinensischen Befreiung und eines einzigen demokratischen Staates im historischen Palästina verabschiedet hat, hält der politische Sturm, den sie damit ausgelöst hat, weiterhin an.

Die Grünen haben gezeigt, dass politische Initiativen aus einem prinzipiellen Engagement für die Rechte der Palästinenser:innen und den Realitäten der kolonialen Herrschaft entstehen können – und nicht aus der Unterordnung unter etablierte diplomatische Rahmenbedingungen.

Die Reaktionen des politischen Establishments des Staates Israel sowie zionistischer und rechter Kräfte in Großbritannien und auf internationaler Ebene zeigen, worum es hier geht: nicht nur um eine Meinungsverschiedenheit über die Politik der Regierung, sondern um eine Infragestellung der ideologischen Grundlagen einer politischen Ordnung, die den Palästinensern seit Jahrzehnten die Freiheit verweigert.

Tatsächlich hat der Zionismus einen weiteren schweren Schlag erlitten, und diesmal, paradoxerweise, ausgerechnet aus dem Land, das die europäische Siedlerkolonialmacht in Palästina geschaffen hat.

Am 4. Oktober 2026 nahmen die Mitglieder der Grünen den Antrag mit 1.022 zu 813 Stimmen an. Er befürwortete die Befreiung Palästinas, das Rückkehrrecht, ein Ende der Waffenlieferungen an den Staat Israel und die Vision eines einzigen demokratischen Staates. Die Bedeutung dieses Schrittes geht über die Position einer einzelnen politischen Partei hinaus. Zusammen mit Benjamin Mosers „Antizionismus: Eine jüdische Geschichte“ spiegelt er eine sich ausweitende Debatte in progressiven Kreisen über Zionismus, Kolonialismus und die politischen Voraussetzungen für die Befreiung Palästinas wider.

Die Entscheidung wirft zudem eine unbequeme Frage auf: Warum hinterfragen Teile der westlichen Linken die Grundlagen des Konflikts, während ein Großteil der palästinensischen nationalen Führung weiterhin in einem politischen Rahmen gefangen ist, der wiederholt dabei versagt hat, Freiheit zu bringen?

Gaza hat die politische Debatte verändert

Der israelische völkermörderischer Angriff auf Gaza hat einen tiefgreifenden Wandel im politischen Bewusstsein beschleunigt. Palästinensische Aktivist:innen, jüdische Antizionist:innen, Studierende, Gewerkschafter:innen, Wissenschaftler:innen und Künstler:innen haben die bekannte Darstellung von „zwei konkurrierenden nationalen Bewegungen", die angeblich einen Kompromiss zwischen ihnen erfordere, in Zweifel gezogen. Zunehmend stellt sich die Frage, ob die politische Ordnung selbst – die auf der Enteignung der Palästinenser:innen, der territorialen Zersplitterung und der institutionellen Privilegierung der Jüd:innen beruht – überhaupt Gerechtigkeit schaffen kann.

Dieser Wandel von humanitären Appellen hin zu einer strukturellen Kritik am Siedlerkolonialismus und an der Apartheid ist von entscheidender Bedeutung. Die Zerstörung des Gazastreifens lässt sich nicht von der umfassenderen Geschichte der Enteignung der Palästinenser:innen, der ethnischen Säuberung, der Besetzung und Annexion palästinensischen Gebiets, des Völkermords, der diskriminierenden Herrschaft über palästinensische Bürger:innen des Staates Israel oder der Ausgrenzung von Flüchtlingen aus ihrer Heimat trennen. Dabei handelt es sich nicht um separate Krisen, sondern um miteinander verknüpfte Ausprägungen derselben politischen und militaristischen, genozidalen Struktur.

Die Entscheidung der Grünen zeigt, dass sich die Grenzen der politischen Debatte verschieben, auch wenn sich die britische öffentliche Meinung nicht einheitlich gewandelt hat und die britische Außenpolitik sich im Grunde weiterhin mitschuldig macht. Der ethische Prüfstein für eine progressive Politik besteht darin, ob ihr Engagement für Gleichberechtigung und Menschenrechte der Konfrontation mit mächtigen Verbündeten, militärischen Interessen und festgefahrenen geopolitischen Kalkülen standhalten kann.

Der Kampf für Palästina ist zudem untrennbar mit den umfassenderen Kämpfen für soziale Gerechtigkeit auf der ganzen Welt verbunden. Die Menschen erkennen zunehmend den verheerenden Zusammenhang zwischen der Unterstützung des Staates Israel durch ihre Regierungen und den unerfüllten Bedürfnissen ihrer eigenen Gesellschaften. Das Geld, das für die Lieferung von Vernichtungswaffen ausgegeben wird, könnte stattdessen in Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Infrastruktur fließen. Die Heuchelei von Regierungen, die vorgeben, die Demokratie zu verteidigen, während sie gleichzeitig die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft ermöglichen, lässt sich immer schwerer verbergen.

Die Befreiung Palästinas muss sich daher mit den Kämpfen der Völker weltweit gegen Militarismus, Ungleichheit und Unterdrückung verbinden. Palästina ist sowohl zu einem Symbol des Widerstands gegen Ungerechtigkeit als auch zu einem Katalysator für ein umfassenderes politisches Erwachen geworden. Die internationale Solidarität entwickelt sich von moralischer Empörung hin

zu nachhaltiger Organisation, Druck auf Regierungen und einem gemeinsamen Kampf für eine gerechtere Welt.

Legitime Rechte statt Teilung

Die internationale Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit ist eine wichtige Errungenschaft. Sie bekräftigt die Existenz des palästinensischen Volkes und dessen Recht auf Selbstbestimmung. Befürworter eines einzigen demokratischen Staates sollten diese Anerkennung nicht abtun. Doch die Anerkennung eines Rechts ist nicht gleichbedeutend mit der Befürwortung einer territorialen Lösung für dessen Ausübung.

Der grundlegende Unterschied besteht zwischen der Legitimität der palästinensischen Rechte und der Legitimität der politischen Vereinbarungen, die in ihrem Namen vorgeschlagen werden. Die Anerkennung eines palästinensischen Staates in den 1967 besetzten Gebieten kann für sich genommen weder die Ausweitung der Siedlungen, die Annexion, die Besatzung noch die Zersplitterung der palästinensischen Gesellschaft beenden. Auch löst sie weder die Frage der Rechte der Flüchtlinge noch die strukturelle Diskriminierung, der Palästinenser:innen innerhalb „Israels“ ausgesetzt sind.

Die Befürwortung der internationalen Anerkennung erfordert nicht, dass die Palästinenser:innen auf ihr Rückkehrrecht, ihre Forderung nach Gleichberechtigung oder ihren Widerstand gegen die Apartheid verzichten. Die Anerkennung wird unzureichend, wenn sie als Ersatz dafür behandelt wird, die Strukturen zu bekämpfen, die die Palästinenser:innen daran hindern, ihre Rechte auszuüben.

Die Vision eines einzigen demokratischen Staates – sowohl als politisches Ziel als auch als Weg zur Befreiung – eröffnet einen grundlegend anderen Horizont. Es handelt sich dabei weder um den Zusammenschluss zweier bestehender Staaten unter einem gemeinsamen Dach noch um eine Regelung, die koloniale Herrschaft unter einem neuen Namen aufrechterhält. Sie erfordert Dekolonialisierung, den Abbau von Apartheid-Strukturen, ein Ende der Besatzung und Annexion sowie die Schaffung einer demokratischen politischen Ordnung, die auf gleichberechtigter Staatsbürgerschaft, individuellen Freiheiten und kollektiven kulturellen Rechten basiert.

Das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge muss im Mittelpunkt dieses Wandels stehen, ebenso wie Gerechtigkeit beim Punkt Enteignung, die Wiederherstellung von Rechten und Eigentum sowie Wiedergutmachung. Diese Vision ist keine westliche Erfindung. Palästinensische politische Bewegungen, darunter Strömungen innerhalb der *Fatah* und der Linken, setzten sich in den 1960er und frühen 1970er Jahren für einen demokratischen Staat für Palästinenser und Juden ein. Die anschließende Hinwendung zur Teilung spiegelte eine bestimmte politische Strategie und den internationalen Kontext wider, nicht die Aufgabe der Grundrechte des palästinensischen Volkes.

Heute offenbart die Festigung der israelischen Kontrolle über das gesamte historische Palästina die Grenzen einer Herangehensweise, bei der der Gazastreifen, die Westbank, Jerusalem, die palästinensischen Bürger des Staates Israel sowie die Flüchtlinge als getrennte politische Fragen behandelt werden. Es handelt sich um miteinander verflochtene Dimensionen eines einzigen nationalen Kampfes. Jedes politische Konzept, das sie weiterhin voneinander trennt, läuft Gefahr, die Zersplitterung zu reproduzieren, die zur Aufrechterhaltung der Entrechtung der Palästinenser:innen beigetragen hat.

Die Entscheidung der britischen Grünen ist gerade deshalb von Bedeutung, weil sie die Vorstellung in Frage stellt, dass die internationale Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit auf das Teilungsmodell beschränkt bleiben soll. Sie verweist auf einen anderen Grundsatz: Internationale Solidarität sollte sich nicht nur an der Anerkennung eines palästinensischen Staates messen lassen, sondern auch an dessen Engagement für die uneingeschränkte Wahrung aller palästinensischen Rechte und für den Abbau der Strukturen, die diese Rechte verwehren. Die Frage lautet nicht mehr nur, wie ein Staat innerhalb der Grenzen eines zersplitterten Heimatlandes gesichert werden, sondern wie die politische Ordnung verändert werden kann, die diese Zersplitterung und den Tod hervorgebracht hat.

Warum ist die palästinensische Führung ins Hintertreffen geraten?

Das Zögern der palästinensischen Nationalbewegung, sich einem umfassenden Befreiungsprojekt zu verschreiben, lässt sich nicht allein mit intellektueller Erstarrung erklären. Besatzung, Unterdrückung, geografische Zersplitterung und internationaler Druck haben die politische Organisation stark beeinträchtigt. Das Oslo-Abkommen lenkte die politischen Energien der Palästinenser:innen auf eine begrenzte Selbstverwaltung und Verhandlungen über einen Staat in den Gebieten von 1967, während die versprochene Souveränität unerfüllt blieb.

Doch objektive Zwänge können strategische Lähmung nicht auf unbestimmte Zeit rechtfertigen. Das palästinensische Volk bleibt ein Volk, doch die Institutionen, die es angeblich vertreten, sind zersplittert. Flüchtlinge, Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten und palästinensische Bürger:innen des Staates Israel werden allzu oft als getrennte politische Bevölkerungsgruppen behandelt, obwohl ihre Rechte und ihre Zukunft untrennbar miteinander verbunden sind.

Auch die Angst, die internationale Anerkennung zu gefährden, hat eine strategische Neubewertung verhindert. Die Anerkennung durch mehr als 140 Länder hat weder die Ausweitung der Siedlungen gestoppt noch die palästinensische Souveränität gesichert. Warum sollte also die Verteidigung der Anerkennung erfordern, den umfassenderen Kampf für Gleichberechtigung, Rückkehr und Befreiung aufzugeben? Internationale Anerkennung sollte den palästinensischen Rechten dienen und sie nicht in einen politischen Rahmen einschränken, der ungeeignet ist, diese Rechte zu verwirklichen.

Manche argumentieren, die Palästinenser:innen sollten zunächst das bestehende Apartheid-System abbauen und die Entscheidung über die künftige politische Ordnung aufschieben. Doch Widerstand ohne ein klar formuliertes politisches Ziel birgt die Gefahr, dass die Herrschaftsstrukturen unter einer anderen Gestalt intakt bleiben. Die Frage ist nicht, ob man die Apartheid vor oder nach der Festlegung der politischen Zukunft bekämpfen soll. Beide Aufgaben müssen gemeinsam vorangetrieben werden.

Ein demokratischer Horizont ersetzt nicht den Kampf gegen die Apartheid; er gibt diesem Kampf und Widerstand eine Richtung. Er definiert die Grundsätze, auf denen eine gerechte Zukunft beruhen muss, trägt dazu bei, die Palästinenser:innen über geografische Grenzen hinweg zu vereinen, und schafft eine gemeinsame Basis mit antizionistischen Jüd:innen und internationalen Bewegungen. Ein klares politisches Ziel und eine einheitliche Strategie sind keine konkurrierenden Prioritäten. Sie müssen sich gegenseitig stärken.

Die Entscheidung der Grünen sollte auch die palästinensischen politischen Kräfte dazu herausfordern, die Annahme zu überdenken, dass das internationale Kräfteverhältnis die Grenzen ihrer politischen Vorstellungskraft bestimmen würde. Die Rolle einer Befreiungsbewegung besteht nicht darin, ihre Bestrebungen an das anzupassen, was mächtige Staaten für akzeptabel halten. Sie muss vielmehr einen gerechten politischen Horizont formulieren, die Kräfte des Volkes aufbauen, die in der Lage sind, ihn voranzubringen, und dafür kämpfen, das Kräfteverhältnis selbst zu verändern.

Das bedeutet nicht, die internationale Diplomatie oder die durch Anerkennung erzielten Erfolge abzulehnen. Es bedeutet vielmehr, sich zu weigern, diplomatische Erfolge zu einer Obergrenze für palästinensische Bestrebungen werden zu lassen. Ein Befreiungsprojekt muss die Fähigkeit zurückgewinnen, seine eigenen Ziele zu definieren, anstatt sich auf die Optionen zu beschränken, die von jenen angeboten werden, die die bestehende Ordnung unterstützt, bewaffnet oder legitimiert haben.

Von der politischen Vision zur Bewegung des Volkes

Die dringende Aufgabe besteht darin, die Ein-Staaten-Vision von einer Idee, über die Intellektuelle und Aktivisten diskutieren, in eine breite, organisierte und von Palästinenser:innen geführte Bewegung zu verwandeln. Dies ist eine enorme Herausforderung angesichts der anhaltenden Verbrechen des israelischen Völkermords gegen die Palästinenser:innen und des Versagens arabischer sowie muslimischer Regierungen, die für die Befreiung der Palästinenser:innen erforderliche politische Unterstützung zu leisten.

Die 2018 in Haifa ins Leben gerufene *One Democratic State Campaign* und andere Initiativen haben des Ziel, die Palästinenser:innen in den Gebieten von 1948, in der 1967 besetzten Westbank, im Gazastreifen, in Jerusalem, in Flüchtlingslagern und in der Diaspora mit dem Konzept eines erneuerten nationalen Projekts miteinander zu verbinden. Dies erfordert politische Bildung, Basisar-

beit, Jugend- und Studenteninitiativen, öffentliche Debatten und koordiniertes Handeln – nicht nur Erklärungen und Konferenzen.

Die Kampagne zeigt, wie die Rückkehr von Flüchtlingen, die Rückgabe enteigneten Eigentums, Wiedergutmachung, verfassungsrechtliche Garantien, kollektive Rechte sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit durch einen demokratischen Übergang verwirklicht werden können. Diese Fragen erfordern eine inklusive palästinensische Debatte und keinen im Voraus festgelegten Verfassungsentwurf. Die Förderung der Ein-Staaten-Vision ist ein Weg, den ursprünglichen emanzipatorischen Charakter des palästinensischen Befreiungsprojekts wiederherzustellen und die fatale Illusion in Frage zu stellen, dass eine Teilung eine gerechte oder tragfähige Lösung darstelle.

Der Wiederaufbau der Palästinensischen Befreiungsorganisation als eine wirklich repräsentative nationale Institution, unabhängig von der Vorherrschaft der Palästinensischen Autonomiebehörde, ist unverzichtbar. Palästinenser:innen im gesamten historischen Palästina und in der Diaspora müssen über demokratische Mechanismen verfügen, durch die sie an der Gestaltung ihrer gemeinsamen Zukunft mitwirken können.

Auf internationaler Ebene bietet die Entscheidung der Grünen die Chance, Bündnisse mit politischen Parteien, Gewerkschaften, Studentenbewegungen, Wissenschaftler:innen, Künstler:innen und antirassistischen Organisationen zu vertiefen. Das Ziel muss es sein, den wachsenden Widerstand gegen die Verbrechen des Staates Israel in organisierten Druck umzuwandeln, der die militärische Unterstützung in Frage stellt und die Rechte der Palästinenser:innen fördert.

Der Beschluss bietet zudem die Chance, den politischen Horizont der internationalen Solidarität zu erweitern. Andere Parteien, Gewerkschaften, Solidaritätsnetzwerke und progressive Bewegungen, die sich weiterhin zieren, die Ein-Staaten-Vision zu unterstützen, sollten erkennen, dass sie nicht darauf warten müssen, dass die offizielle palästinensische Führung diese befürwortet. Die Grünen haben gezeigt, dass politische Initiativen aus einem prinzipiellen Engagement für die Rechte der Palästinenser:innen und den Realitäten der kolonialen Herrschaft entstehen können – und nicht aus der Unterordnung unter etablierte diplomatische Rahmenbedingungen.

Dies ist besonders wichtig, da der Kampf für die Befreiung Palästinas Teil eines umfassenderen Kampfes zur Umgestaltung einer korrupten und brutalen Weltordnung ist, die durch Militarismus, Ungleichheit und Herrschaft aufrechterhalten wird. Das zionistische Projekt ist nicht von dieser Ordnung isoliert; es ist tief in ihr verwurzelt. Die Ressourcen, die zur Aufrechterhaltung der militärischen Macht des Staates Israel eingesetzt werden, könnten stattdessen dringende soziale Bedürfnisse decken, während die politischen Bündnisse, die den Staat Israel schützen, die Widersprüche zwischen der demokratischen Rhetorik westlicher Regierungen und ihrer materiellen Unterstützung der Unterdrückung offenbaren.

Solidarität mit Palästina muss daher Teil eines umfassenderen Kampfes für eine Welt werden, die auf Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenwürde gründet. Dieser Zusammenhang ist kein Versuch, den palästinensischen Kampf anderen Anliegen unterzuordnen. Er erkennt an, dass die Befreiung Palästinas und die globale Emanzipation mit miteinander verflochtenen Machtstrukturen konfrontiert sind und dass der Aufbau von Bündnissen über diese Kämpfe hinweg beide stärken kann.

Die britischen Grünen können den Palästinenser:innen keine vorgefertigte Lösung anbieten, und die Palästinenser:innen sollten sich bei der Gestaltung ihrer Zukunft auch nicht auf westliche Parteien verlassen. Ihre Entscheidung ist von Bedeutung, weil sie zeigt, dass Annahmen, die einst als unantastbar galten, in Frage gestellt werden können. Doch internationale Solidarität kann das Fehlen einer kohärenten palästinensischen Strategie nicht kompensieren, genauso wenig wie eine politische Vision ohne eine Volksbewegung, die sie vorantreiben kann, nicht vorwärts kommen kann.

Es liegt in der Verantwortung der Palästinenser:innen, ihre Tradition der demokratischen Befreiung wiederzubeleben, die politische Zersplitterung zu überwinden und eine nationale Bewegung wiederaufzubauen, die in der Lage ist, ihr Volk im gemeinsamen Kampf zu vereinen. Weder internationale Solidarität ohne eine kohärente palästinensische Strategie noch eine politische Vision ohne eine Volksbewegung können den notwendigen Wandel herbeiführen.

Die grundlegende Frage ist nicht mehr nur, ob die Palästinenser:innen einen Staat erhalten werden. Es geht darum, ob sie Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung und Rückkehr erreichen werden. Rechte müssen die politische Ordnung bestimmen, nicht umgekehrt. Der Übergang von der Legitimierung einer Teilung zu den legitimen Rechten ist keine semantische Anpassung. Es ist die Forderung, die Strukturen kolonialer Herrschaft abzubauen und eine demokratische Zukunft für alle zu schaffen, die im historischen Palästina leben.

Das ist die Herausforderung, vor der der palästinensische Befreiungskampf heute steht – und der Test, ob internationale Solidarität zu einer Kraft für grundlegenden politischen Wandel werden kann.

Awad Abdelfattah ist politischer Autor und ehemaliger Generalsekretär der Balad-Partei. Er ist Koordinator der Ende 2017 gegründeten Kampagne „One Democratic State“ mit Sitz in Haifa.

Quelle: https://www.palestinechronicle.com/palestine-beyond-partition-from-the-legitimacy-of-statehood-to-the-legitimacy-of-rights/#

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de